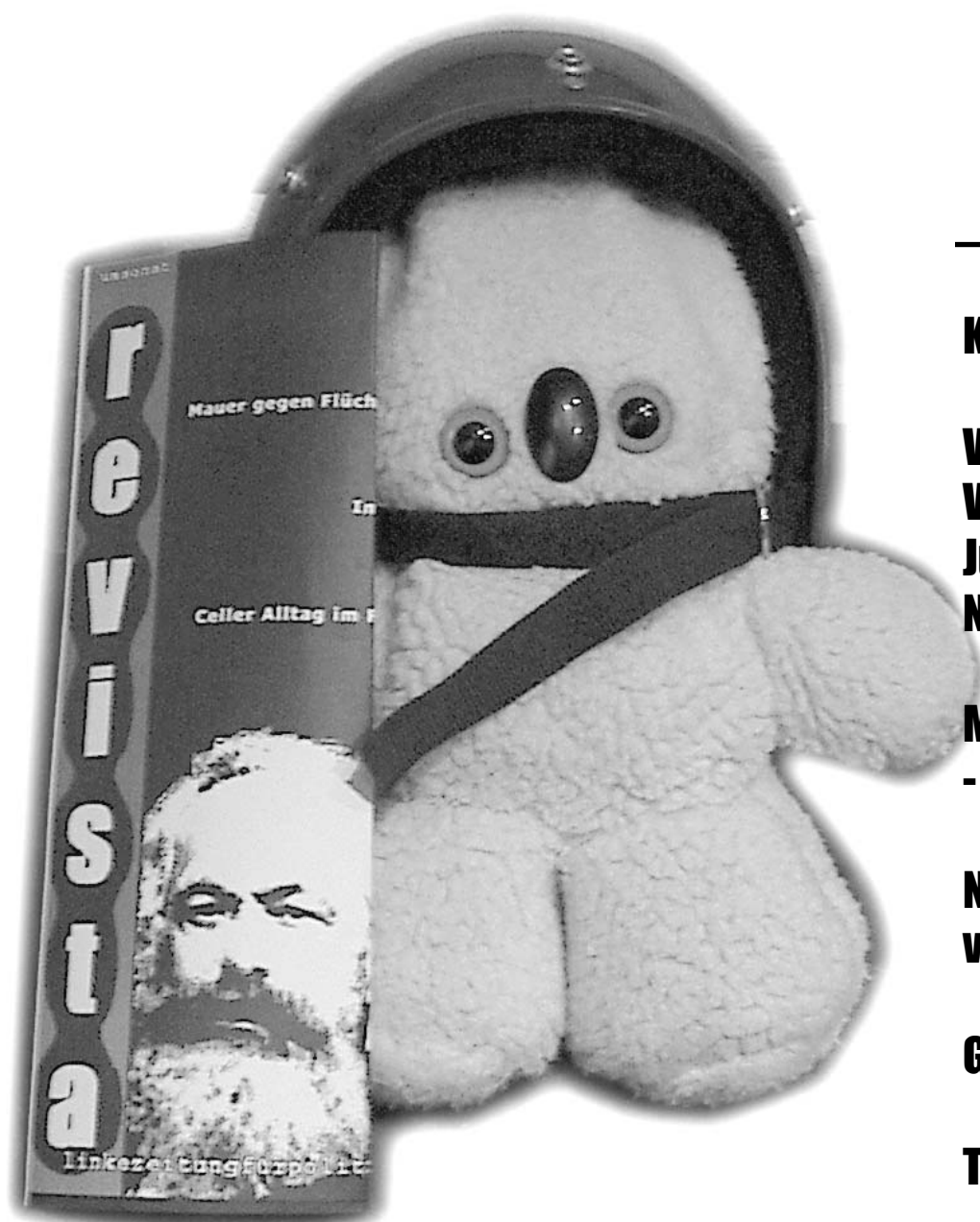


revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 10

august / september 2001



Kommunalwahl

**Verbrecherische
Vergangenheit -
Justiz im
Nationalsozialismus**

**Meldungen - Lokales
- Provinzielles**

**Nach dem Castor ist
vor dem Castor**

Globalisierung

Termine

Enthält:

<i>Justiz im Nationalsozialismus</i>	
- Kein minderschwerer Fall	Seite 3
<i>Flash-point - Live</i>	Seite 5
<i>Kommunalwahl - keine Wahl ?</i>	
- Kommunitarismus a la CDU	Seite 6
- Wiesen statt Rasen (Bündnisgrünen)	Seite 7
- Alles für den Wirtschaftsstandort (SPD)	Seite 8
- Kommentar	Seite 9
<i>Gute Zeiten - schlechte Zeiten</i>	Seite 9
<i>Lokales, Meldungen, Provinzielles</i>	Seite 10
<i>What good am I ?</i>	Seite 15
<i>Buchbesprechung</i>	
"Globalisierung von unten"	Seite 16
"Anarchistische Woche" in Hannover	Seite 17
<i>Politiet önsker forbut mot nazi-symboler</i>	Seite 17
<i>Lesung: "Roger Trash"</i>	Seite 18
<i>Nach dem Castor ist vor dem Castor</i>	Seite 19
<i>Termine</i>	Seite 20

Hallo!

Die Sommerpause ist zuende und die 10. Ausgabe der Revista ist fertig - ein kleines Jubiläum. Mit wenig Leuten (zur Zeit nur 5) und wenig Geld ist das nicht gerade selbstverständlich. Die eine oder andere Anzeige mehr würde uns schon viel helfen. Wer gerne einige Revistas verteilen möchte, um uns etwas zu entlasten, kann sie im Bunten Haus bekommen. Die nächste Ausgabe soll Anfang November erscheinen, Einsendeschluss für Artikel ist dann der 21. Oktober. Bis denne, ciao!

Wer kocht wann?

Termine der VoIXküche im Bunten Haus

19 08	Gemüse Guerilla
26 08	Pasta Ya
02 09	Spice Girls
09 09	Fair VERbruzzelt
16 09	Flitze Feuerzahn
23 09	Cocina Fina
30 09	Gemüse Guerilla
07 10	Pasta Ya
14 10	Spice Girls
21 10	Fair VERbruzzelt
28 10	Flitze Feuerzahn
04 11	Gemüse Guerilla
11 11	Pasta Ya

Impressum:

Revista, Nr.10

▼ Erscheinungsweise: alle 2 Monate liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 10,-DM). ▼ Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle ▼ em@il: Revista@gmx.de ▼ V.i.S.d.P.: Ralf Hübner ▼ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01 K- Nr.: 108 099 698, Stichwort `Revista` ▼ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder! ▼ <http://members.tripod.de/Revista>



Justiz im Nationalsozialismus - kein minderschwerer Fall



"Zum ersten Mal geht eine Ausstellung über die NS-Justiz dorthin zurück, wo im Namen des Deutschen Volkes Verbrechen verübt wurden, an die Gerichte," heißt es in ungewöhnlicher Schärfe in der Pressemitteilung des niedersächsischen Justizministeriums über die Wanderausstellung "Justiz im Nationalsozialismus - über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes", die noch bis zum 13. September 2001 im Celler Oberlandesgericht (OLG) zu sehen ist. Dokumentiert wird die Entwicklung der deutschen Justiz in den Jahren 1933 bis 1945. Im Mittelpunkt steht dabei das Strafrecht. Über 30.000 vollstreckte Todesurteile und unzählige hohe Freiheitsstrafen zeugen in erschreckender Weise von der Tätigkeit deutscher Staatsanwälte und Richter, die alle Gegner und Nichtangepassten ebenso wie sogenannte Fremdvölkische und "rassisch Minderwertige" der Vernichtung preisgaben. Gezeigt wird darüberhinaus, wie die Nachkriegsjustiz mit den Verbrechen deutscher Richter und Staatsanwälte umging und statt kritischer Aufarbeitung das Justizunrecht rechtfertigte. Die 1999 in der Gedenkstätte Wolfenbüttel eröffnete Dauerausstellung "Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus" bildet die Basis dessen, was in Celle zu sehen ist. Ergänzt wird sie als Wanderausstellung jeweils durch Beiträge der Ausstellungsorte (bisher Hannover und Oldenburg), um auch dort die Auseinandersetzung mit der lokalen Justizgeschichte anzuregen, Täter wie Opfer aus der Anonymität zu holen. "Wer außerhalb der Volksgemeinschaft steht, steht auch nicht im Recht", schrieb ein Kieler Universitätsprofessor 1935. Und die Grenzen dieser Volksgemeinschaft regelte eine immer willkürlichere Rechtsauslegung. 1933 wurde die Todesstrafe nur bei Mord verhängt, gegen Ende des NS-Regimes gab es 67 "Gründe", eine Enthauptung zu rechtfertigen. Nach der Niederlage des Nationalsozialismus wurden aus Justizkreisen zwei Gründe genannt, warum Richter und Staatsanwälte diese Blutjustiz umgesetzt hätten:

Zum einen wurden die scharfen Gesetze beschworen, zum anderen der lenkende Druck durch die NSDAP.

Aber: Kein Richter war gezwungen, am Sondergericht zu arbeiten, und eine Weigerung hatte auch keine Folgen für die Karriere. Und: Die Gesetze ließen immer Handlungsspielräume. Gerade bei den Kriegsgesetzen hätte jeder Richter und Staatsanwalt einen minder schweren Fall annehmen und damit einem Todesurteil ausweichen können. Sie wollten es nicht, sondern arbeiteten im Gegenteil engagiert und kreativ im Sinne des Nationalsozialismus. In der Ausstellung bekommen über biographischen Tafeln alle Gruppen, ein Gesicht, gegen die grausam geurteilt wurde: Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Behinderte, Kranke, Juden, Homosexuelle. Aber auch die Täter werden vorgestellt. Und es wird darauf aufmerksam gemacht, dass viele ihre Karriere fast bruchlos fortsetzen konnten. Die vom Celler OLG zusammengestellten Tafeln behandeln in zugespitzter Weise das in Celle angesiedelte Erbesundheitsobergericht, das letztinstanzlich über Zwangssterilisationen entschied. Auf den Celler biographischen Tafeln werden zwei Opfer und zwei Täter vorgestellt. Der Oberstaatsanwalt Karl Schnoering, seit Februar 1932 NSDAP-Mitglied, und Adolf von Garßen, einer von nur zwei OLG-Präsidenten des Jahres 1945, die das Amt schon vor 1933 inne hatten. Nahegelegt wird die These, dass der überzeugte Nationalsozialist Schnoering sich gelegentlich mit Partei und Ministerium angelegt habe - manchmal auch im Sinne der Opfer, während der Celler OLG Präsident sein Fähnchen nach dem Wind gehängt habe, nur um seinen Posten nicht zu verlieren. So beschreibt eine Tafel, wie von Garßen in der dienstlichen Beurteilung eines Landgerichtsdirektors vor 1933 ein von diesem zugunsten der NSDAP gesprochenes Urteil negativ, nach 1933 aber äußerst positiv vermerkt.

Sehr gelungen ist die Ausstellung, wo sich verschiedene erklärende und biographische Tafeln aufeinander beziehen. Da ist zum Beispiel der Fall der Erna Wazinski. Am 20. Oktober 1944 wird die 19jährige Rüstungsarbeiterin nach einer Denunziation wegen angeblicher Plünderie verhaftet, am nächsten Tag vom Braunschweiger Sondergericht aufgrund der "Volksschädlingsverordnung" zum Tode verurteilt und einen Monat später hingerichtet. Auf ein Gnadengesuch antwortete Oberstaatsanwalt Hirte u.a.: "Kennzeichnend für die Verurteilte ist es schließlich, daß sie sich auf ihrer letzten Arbeitsstelle an die Fräserin Gerda Körner angeschlossen hat. (...) Diese ist wegen Arbeitsbummelei und Abtreibung vorbestraft und aus anderer Sache wegen ihres Herumtreibens mit Soldaten bekannt. Die Mutter Körner, zu der die Verurteilte nach ihrer Ausbombung gezogen ist, hat bis vor kurzem eine mehrjährige



Zuchthausstrafe wegen Abtreibung verbüßt. Die Verurteilte ist also trotz ihrer Jugend keine Persönlichkeit, die Nachsicht verdient." Auch zu Dr. Wilhelm Hirte gibt es eine biographische Tafel. Ab 1956 war er wieder Grundbuchrichter beim Amtsgericht, in einer dienstlichen Beurteilung heißt es 1960 über ihn: "... ist einer der befähigsten Richter des Bezirks ... während des Krieges als Vertreter des Oberstaatsanwalts und Generalstaatsanwalts hat sich Amtsgerichtsrat Dr. Hirte auch in Justizverwaltungssachen aufs Beste bewährt." Schließlich wird in der Ausstellung auch über das von der Mutter Erna Wazinskis angestrebte Wiederaufnahmeverfahren berichtet, das einen fassungslos zurücklässt. 1952 wandelte das Landgericht Braunschweig das Sondergerichtsurteil in eine neunmonatige Freiheitsstrafe um. Geht es zynischer? Ja. Zwar erklärte eine Zivilkammer 1964 das Sondergerichtsurteil für rechtswidrig, aber 1965 meinte eine Strafkammer des Landgerichts, dass das Todesurteil in jeder Hinsicht recht-

mäßig ergangen sei: "Das Gericht hat die Frage der Volksschädlingseigenschaft nicht übersehen. Es hat sie geprüft und bejaht. (...) Insbesondere sind Umstände, die dem Sondergericht bei sachgemäßer Prüfung zwangsläufig die Überzeugung hätten vermitteln müssen, daß die Angeklagte bei Zugrundelegung der vom Reichsgericht gesetzten Maßstäbe nicht von der Wesensart eines Volksschädlings sei, nicht gegeben." Vor zehn Jahren schließlich, 47 Jahre nach ihrer Hinrichtung, wurde Erna Wazinski vom Vorwurf des Diebstahls freigesprochen. Zur Frage der Rechtsbeugung durch das Braunschweiger Sondergericht mochte sich die Strafkammer des Braunschweiger Landgerichts aber nicht äußern. Vorgestellt werden auch zwei Opfer: Der Lüneburger Landgerichtspräsident Franz Heinrich Wilhelm Puttfarken, der als Republikaner den Nazis nicht tragbar galt, und der jüdische Rechtsanwalt Manfred Herzfeld, der 1935 emigrieren konnte. (Ein anderer jüdischer Rechtsanwalt aus Celle, Julius von der Wall, dagegen wurde in Auschwitz ermordet. Seine Lebensgeschichte ist bekannter, vielleicht entschied man sich deshalb für Herzfeld.) Die Celler Tafeln aber relativieren leider z.T. die dezidierten Aussagen der Wanderausstellung. So wird die These von der Lenkung der Justiz durch NSDAP eher betont, und es wird mit einer Tafel darauf aufmerksam gemacht, dass das OLG im Jahr 1935 eine Entscheidung zugunsten der Evangelischen Kirche und gegen die von der NSDAP geförderten "Deutschen Christen" getroffen habe. Außerst positiv zu vermerken ist aber, dass alle lokalen Dokumente (wie auch weitere z.B. zur Entlassung des jüdischen Senatspräsidenten Katzenstein) auf der Homepage des OLG einzusehen sind (www.olg-celle.de).



Die Ausstellung ist kostenlos im OLG Celle, Kanzleistraße, montags bis freitags jeweils von 8 bis 16, donnerstags durchgehend bis 20 Uhr zu sehen.

Kostenlose Führungen können mit dem Justizministerium, Tel. (0511) 120-5043, E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de vereinbart werden.

Anzeige:

Kriegsdienstverweigerung
Beratung im Bunten Haus
Jeden Donnerstag 17 – 19 Uhr

Flash-point live

Im Juni dieses Jahres wurde in Langenhagen ein von Hannoveraner AntifaschistInnen verfasstes 4-seitiges Flugblatt in hoher Auflage verteilt. In diesem haben sie die *"Entwicklung der Naziszene in Langenhagen (nachgezeichnet) und sie um Hintergrundinformationen (ergänzt)."*

Die Reihe der Attacken von Neonazi auf ihnen Missliebige lässt sich bis mindesten in die frühen Achtziger zurückverfolgen. Neben tätlichen Übergriffen auf Behinderte, MigrantInnen und Linke kam es auch zu Versuchen überregionale Kontakte zu knüpfen und "Schulungen" durchzuführen.

Anfang der 90er Jahre erstarkte die Neonaziszene. Die Übergriffe häuften sich, es war die Rede von einer mehr als 10-köpfigen Gruppe von 15 bis 24 Jahre alten Neonazis. Es kam zu Schlägereien in dem Cafe des Langenhagener Jugendzentrums, ein Afrikaner wurde durch ständige Übergriffe zum Wegzug gezwungen, bei missliebigen Personen wurden Hakenkreuze an die Häuser gesprüht, Scheiben eingeworfen und Plakate mit faschistischem Inhalt verklebt. Es kam zu Brandstiftungen in Läden von "Nicht-Deutschen". Stadtfeste, Abifeiern und private Partys wurden von den Neonazis gestört.

Ein hilfloser Versuch die Situation zu befrieden war, den Neonazis einen Bauwagen zur Verfügung zu stellen. *"Die Nazis bedankten sich für diese Form der akzeptierenden Jugendarbeit mit verstärktem Wohlfühleffekt im Stadtteil"*, heißt es in dem Flugblatt und, wie vorauszusehen war, gedieh die rechte Szene prima in ihrem Treff- und Ausgangspunkt für gemeinsame Aktionen. Nachdem der Bauwagen schließlich von Antifas zerstört wurde, wurde der zum Scheitern verurteilte Ansatz der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen fallen gelassen, aber auch weitere Schritte im Bereich der Sozialarbeit wurden nicht unternommen.

Auch ohne eigenen Treffpunkt trafen sich die Jungnazis weiter z.B. in diversen Kneipen, von der Polizei Langenhagens wurde ihnen kein politischer Hintergrund zugesprochen, es handelte sich angeblich lediglich um eine *"neue Qualität des Vandalismus"*.

Ende der 90er Jahre fielen die älteren der Langenhagener Neonazis dadurch auf, dass sie sich an bundesweiten Aufmärschen, vorwiegend im Norddeutschen Raum, beteiligten. In diesem Zusammenhang trat auch die organisatorische und personelle Verquickung mit der "Kameradschaft Celle-Hannover 77" zu Tage. Einheitliche T-Shirts und Fahnen mit 77-er Logo sollten wohl für den nötigen Zusammenhalt sorgen. Zu dieser Gruppe gehörten neben diversen Hannoveraner "Kameraden" auch Michael Homeister. Dieser dürfte in Celle bereits bekannt sein, er wohnte längere Zeit in Ahsbeck bei Celle. Laut CZ vom 13.07.2001 soll der 33-jährige ehem. Kroatiensöldner inzwischen nach Hannover gezogen sein. Offiziell hat sich die "Kameradschaft 77" letztes Jahr selbst aufgelöst, faktisch gibt es die Gruppe immer noch, ob mit oder ohne Gruppennamen.

Beste Kontakte haben die Langenhagener Nazis nach

Celle. Die "Kameradschaft Celle 73" um den *"vorbestraften Boss"* (CZ 13.07.01) Klaus Hellmund, ist eng mit den Langenhagener und Hannoveraner Nazis verbunden. Als die Unabhängige Antifa Celle und die VVN am 15.07.2000 einen Büchertisch in der Celler Innenstadt aufstellten, reisten auch Langenhagener "Kameraden" an, um gegen diesen Büchertisch vorzugehen. Am 24.01.2001 organisierte die Langenhagener SPD eine Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus im dortigen Haus der Jugend. Wie das auch in Celle von einer Veranstaltung des "Forums gegen Rechtsextremismus und Gewalt" passierte, kamen die Neonazis und wollten "mitdiskutieren".

Neben den Cellern Dennis Bührig, Jan Schaper, Daniel Stammwitz und Klaus Hellmund waren u.a. wieder die selben Langenhagener, die gegen den Büchertisch in Celle vorgingen - insgesamt waren es ca. 20 Neonazis - vor Ort.

Die freundschaftlichen Beziehungen der Celler und der Langenhagener Nazis zeigten sich auch, als im Februar letzten Jahres Michael Homeisters Geburtstag in einer Langenhagener Kneipe gefeiert werden sollte. Ein Polizeirazzia beendete die Party, 30 Neonazis aus Celle, Langenhagen und Hannover wurden überprüft.

Wie in dem bereits erwähnten CZ-Artikel vom 13.07.2001 gemeldet verhält es sich zur Zeit so, dass die Celler Kameraden, hier wird namentlich Klaus Hellmund erwähnt, sich in Celle gewaltfrei geben, aber an Aktionen der oft gewalttätigen Vorstadt-Szene beteiligt sind, gemeint ist die Langenhagen Nazi-Clique, auch *"Wiesener Gruppe"* genannt (nach dem Langenhagener Stadtteil Wiesenaue).

Zum Thema Verquickung von Cellern mit Hannoveranern Neonazis und deren Gewaltbereitschaft äußert sich der Celler Polizei-Vize und Leiter des Zentralen Kriminaldienstes Thomas Ludwig-Dücomy in dem CZ-Artikel wie folgt: *"Wir haben hier auf jeden Fall Brennpunkt vorliegen. Die Szene ist sehr deutlich vertreten. Die "Kameradschaften" bilden darunter einen Schwerpunkt der polizeilichen Aufgaben. Die Celler "Kameradschaft 73" etwa eine homogene, konstante Gruppe aus ungefähr zehn Personen. Die ebenfalls etwa zehn Celler Angehörigen der 2000 aufgelösten "Kameradschaft 77" halten sich jetzt teilweise in der so genannten "Wiesener Szene" in Hannover und Langenhagen auf, wo einige von ihnen bereits zum Gegenstand polizeilicher Ermittlungen wurden. Weiterhin gibt es - im zweistelligen Bereich - noch Sympathisanten und Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten und der NPD." Die Mitglieder der "Kameradschaft 73" geben sich, z.B. auf der Internetseite, gewaltfrei, "was wir nicht bestätigen können insbesondere, wenn sie Alkohol konsumieren...In den vergangenen Monaten etwa kam es durch Angehörige der "Kameradschaft 73" zu Delikten wie gefährliche Körperverletzung, Beleidigung und Drohung", so Ludwig-Dücomy. MM*

Kommunalwahl - keine Wahl?

Zum Kommunalwahlprogramm der CDU

Kommunitarismus á la CDU

Programme haben nicht in jedem Fall etwas mit dem Alltag der Parteien zu tun. Für die Celler CDU gilt dies in besonderem Maße. Denn wer ihr Programm liest, mag kaum glauben, dass ihre Vertreter ohne innerparteilichen Widerspruch diskriminierende und kriminalisierende Kampagnen gegen KurdInnen und Flüchtlinge durchführen konnten. Auch der Wahlkampf muss nichts mit den Programmen zu tun haben; so fordert die CDU in Anzeigen eins zu eins mit den REPs "die schnelle Abschiebung krimineller Ausländer".

In ihrem Programm zur Stadtratswahl taucht diese rassistische Parole nicht auf. Im Gegenteil. Mit einer klaren und ausgewogenen Gliederung wird eine "Erfolgsgeschichte" Celle = CDU erzählt, in der auf polarisierende Positionen z.B. rassistischer oder sozialchauvinistischer Art verzichtet wird.

Eine klare Position gibt es aber in der Verkehrspolitik: Unbedingt will die man die Ostumgehung, ohne auch nur ein Wort an die Naturschutzproblematik zu verlieren. Die z.B. von der SPD geforderte Mehrzweckhalle und auch das von Teilen der CDU gewünschte Leistungsschwimmbad stehen auf der Prioritätenliste zumindest nicht oben. Einzig den Ausbau der HBG-Halle will man zeitnah realisieren. Als weiteres konkretes Projekt lässt sich nur noch die Ausweisung von 1500 Bauplätzen zu mit dem Umland konkurrenzfähigen Preisen nennen.

In großen Teilen ihres Programms liefert die CDU Bekenntnisse zu Bestehendem. Ausdrücklich werden z.B. die städtische Förderung der CD-Kaserne genannt, aber auch die bestehenden sozialen Stadtteilprojekte an "Brennpunkten" gelobt.

Man will Celle langfristig "zum deutschen Zentrum für den Dialog zwischen klassischer Medizin und Naturheilverfahren" machen. Die Gesamtentwicklung der Allerinsel soll vor allem die Interessen der Schützen und des innerstädtischen Handels berücksichtigen. Schließlich will die CDU "alles nur Mögliche tun", um die Privat-Uni nach Celle zu bekommen.

Im Unterschied zur SPD meint die CDU, in Celle sei der wirtschaftliche Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft gelungen. Die Ursache der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit wird in mangelnder beruflicher Qualifikation gesehen. Überhaupt keine Erwähnung finden der Konflikt ums Flüchtlingswohnheim und die im Städtevergleich hohe Zahl an SozialhilfeempfängerInnen ist genausowenig ein Thema wie Rassismus und Rechtsextremismus. In Celles heiler Welt darf es gravierende Probleme nicht geben, denn nach einem halben Jahrhundert CDU-Regentschaft wäre sonst die Frage naheliegend, wieso die politische Mehrheit dagegen nichts unternommen hat. Zwei Aspekte sind aber doch noch spannend:

Die CDU äußert sich ausführlicher zu

Integrationsfragen. Konkret wird der hohe Anteil von Schulabbrechern bei den ausländischen Jugendlichen als Problem genannt. Verkürzt wird dies auf mangelnde Sprachkompetenz zurückgeführt, woraus sich ergibt: "Die CDU wird sich deshalb intensiv für neuartige Sprachförderprogramme einsetzen und so das entscheidende Integrationsangebot machen." Wenn hier tatsächlich kommunale Initiativen folgen, wäre das zumindest nicht verkehrt. Diese Initiative liegt auch voll auf der Linie der Zuwanderungspolitik der Bundes-CDU, auf die im Programmpunkt "Sicherheit und Nachbarn" eingegangen wird. Zitat: "Ein weiteres empfindliches Gebiet betrifft das Zusammenleben von Deutschen, Ausländern und Spätaussiedlern. Während 45 % der Befragten [einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung in Celle] dies als kein so großes oder gar kein Problem fanden, meinte 47 % der Celler Bürger, dies sei ein größeres Problem. Auch hier muss viel geschehen. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft muss integrationsoffener und die Zuwanderer integrationswilliger werden. Wer hier auf Dauer leben will, sollte bereit sein, unsere Kultur und Wertvorstellungen anzuerkennen." Weiter wird aus dem CDU-Zuwanderungskonzept zitiert, dass Integration nicht die Aufgabe der eigenen Identität bedeute und die Chance zur Bereicherung der Aufnahmegesellschaft beinhalte. Unabhängig vom realen Gehalt des Zuwanderungskonzepts ist festzuhalten, dass die Celler CDU auf aggressiv rassistische Töne verzichtet - und auch die Leitkulturvorstellung kommt ja nur auf Samtpfötchen daher.

Der zweite interessante Aspekt ist, dass sich die Celler CDU an mehreren Stellen auf die tendenziell demokratische und solidarische Idee einer aktiven Bürgergesellschaft bezieht, die im Programm ganz ohne völkisch-nationale Begleitöne auskommt. Die CDU denkt dabei zum einen an Foren wie die "Stadtleitbilddiskussion" oder das "Planspiel Innenstadt", die im konkreten sicher die meisten TeilnehmerInnen frustriert zurückgelassen haben, aber prinzipiell Partizipation hätten ermöglichen können. Wenn die CDU die Zukunft der Stadt auch an das Engagement von BürgerInnen knüpfen will, hat das etwas sympathisch demokratisches. Nur ist es eben überhaupt nicht vereinbar mit dem feudalistischen Gehabe des CDU-Oberstadtdirektors und kommenden Oberbürgermeisters und auch nicht mit der autoritätsgebunden Charakterstruktur vieler CDU-Ratsmitglieder.

Trotzdem: Das Programm der Celler CDU ist in weiten Teilen gefärbt durch die Ideen des amerikanischen Kommunitarismus, der in Reaktion auf soziale Desintegrationsprozesse versucht, so etwas wie politischen Gemeinsinn zu mobilisieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft durch bürgerschaftliche Selbstorganisation zu stärken. Es wäre interessant zu wissen, ob das tatsächlich Diskussionsstand in der Celler CDU oder nur dem Faible einer Programmkommission geschuldet ist?

Zum Kommunalwahlprogramm der Bündnisgrünen

Wiesen statt Rasen

Obwohl die Bündnisgrünen in der Stadt ihr Programm mit einem Wirtschaftsteil eröffnen, haben sie gerade hierzu fast nichts zu sagen. Gelobt werden Projekte, die es schon gibt und deren Fortführung gefordert wird (z.B. "KeimCelle Zukunft - Heilen im Dialog", die Programme RAN und RABATZ gegen Jugendarbeitslosigkeit und der "Neue Start ab 35"). Mit Biermann sind sich die Grünen einig, dass Celle Oberzentrum werden soll.

Der spannendste Aspekt grüner Stadtentwicklungsvorstellungen ist der angestrebte "Ausbau zu einer fahrradfreundlichen Stadt durch Förderung der wohnortnahen Grundversorgung in den Stadtbezirken", gleichzeitig wird eine "Attraktivitätssteigerung ... der Celler Altstadt" gefordert - ein Widerspruch? Zur Allerinsel gibt es bei den Grünen nur den Vorschlag eines Architektenwettbewerbs, so dass bei diesem nicht unwichtigen Aspekt ein Unterschied zu anderen Parteien nicht deutlich wird. Zu Biermanns "Elite-Uni"-Träumen gibt's kein Wort und eben auch keinen Widerspruch.

Auch wenn der verkehrspolitische Programmpunkt mit dem Neue-Mitte-Spruch "intelligenter Mobilitätspolitik" daherkommt, also falsche Bedürfnisse nicht kritisiert, wird die "Öko"-Partei hier am ehesten ihrem Label gerecht. Wer einen Grund sucht, in Celle "grün" zu wählen, könnte ihn in den verkehrspolitischen Standpunkten der Partei finden: gegen die Ostumgehung, gegen die Untertunnelung des Neumarktes, Tempo 30, ÖPNV-Offensive, tariflicher Anschluss an den Großraumverkehr Hannover. Dass sie dann doch die Biermannstraße und die Westtangente ausbauen wollen, ist zwar nicht nachzuvollziehen, wenn tatsächlich eine "Stadt mit weniger Autos" ihr Ziel ist, aber die Bündnisgrüne reden eben auch dem "Volk" lieber nach dem Mund, als "seine" oder die Bedürfnisse der Wirtschaft zu kritisieren.

"Für ein solidarisches Zusammenleben in Celle" ist der sozialpolitische Programmbaustein überschrieben. Es hat nicht den Anschein, dass die Bündnisgrünen hier wüsten, wovon sie reden. Im Kern wird gefordert, die gesetzlichen Ansprüche von SozialhilfeempfängerInnen zu erfüllen. Der von ihnen außerdem geforderte Sozialhilfeleitfaden wäre schon sinnvoll, allerdings nur dann, wenn er nicht von der Stadtverwaltung selbst erstellt wird.

Aus der Auseinandersetzung um die Mauer ums Flüchtlingsheim ziehen die Bündnisgrünen kaum Konsequenzen: Sie wollen das Asylbewerberheim "in die Verantwortung der Stadt übertragen", und sie erwarten von der Stadt, dass sie "durch Baumaßnahmen und Betreuung für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen" habe. Unter Integrationsgesichtspunkten wird die Einsetzung eines Ausländerbeauftragten gefordert, wobei offen bleibt, wer darüber entscheiden soll. Auf die Forderung z.B. nach einem gewählten Ausländerrat wird

verzichtet.

Erstaunlich blass bleibt das Kapitel Umwelt- und Naturschutz. In sehr allgemeiner Form werden ökologische Selbstverständlichkeiten als Ziele formuliert, ohne dass deutlich würde, wie dies durch kommunale Programme umgesetzt werden soll. Das Niveau von "Wiesen statt Rasen" (eine grüne Forderung) wird kaum überschritten.

Genauso allgemein bleibt die energiepolitischen Programmatik. So richtig es ist, z.B. den Ausbau von Blockheizkraftwerken und regenerativen Energien anzustreben - schön wäre, wenn die Grünen einem die kommunalen Hebel verdeutlichen würden, mit denen das Ziel erreichen werden kann (von Protest ihrerseits gegen den Verkauf der Stadtwerke war wenig zu hören).

In der Schulpolitik wollen die Bündnisgrünen "ein gemeinsames Lernen in den ersten 6 Schuljahren", "einen raschen Ausbau des Ganztagsangebotes hin zur Ganztagschule", "ein Angebot an alternativen Schulformen, z.B. Gesamtschule und freie Schule". Alles nicht ganz verkehrt.

In der Kulturpolitik stehen die Bündnisgrünen programmatisch für den "Erhalt des Schlosstheaters als ganzjährig bespieltes Ensembletheater" und eine "gerechte finanzielle Unterstützung aller künstlerisch-organisatorisch oder eigenkreativ arbeitender Vereine und Initiativen", wobei offen bleibt, was denn hier gerecht sein soll.

Mit einem eigenen Programmpunkt "Kinder- und Jugendpolitik" setzen sich die Partei u.a. für "mehr stadtteilbezogene kleine Jugendtreffs" und den Erhalt der Magnushütte als Treffpunkt für kurdische Jugendliche ein.

Der Schwerpunkt des Wahlkampfes der Bündnisgrünen Oberbürgermeisterkandidatin Georgia Langhans ist die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots. Als "Knüller" will sie "den kostenlosen Besuch von Kindertagesstätten".

Das Kurzprogramm der Partei zur Kreistagswahl ist in weiten Teilen noch allgemeiner. Im Unterschied zum Stadtverband gibt es einen eigenen Punkt zum Rechtsextremismus, wobei die "konsequente politische und strafrechtliche Verfolgung von Neonaziaktivitäten" und das "Verbot der Kameradschaft 73 Celle" gefordert werden.

Fazit: Augenfällig ist der Verzicht auf analytische und kritisierende Passagen, so dass es nicht den Anschein hat, als wolle die Partei noch Köpfe gewinnen - es geht vor allem um Wahlen, und da kostet jede aufgeklärte Zuspitzung und Kritik eben Wählerstimmen.

Kommunalwahl - keine Wahl?

Zum Kommunalwahlprogramm der SPD

Alles für den Wirtschaftsstandort

Unter dem Motto "Zukunft Celle: Innovation - Arbeit - Ausbildung" beschreibt die SPD zunächst die Konsequenzen des Wandel von einer Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft: "Die Schließung großer und kleiner Gewerbebetriebe in Celle, der Abzug von britischen Streitkräften und der Bundeswehr und der Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen durch Verlagerung in andere Regionen hat für den Wirtschaftsstandort negative Wirkungen. Der Abbau von Arbeitsplätzen konnte nur zum Teil ausgeglichen werden, die Arbeitslosenquote in Celle liegt über dem Durchschnitt des Arbeitsamtsbezirks, des Landes und des Bundes." Die SPD nennt als Standortnachteile, die Celle für ansiedlungsinteressierte Unternehmen gegenüber anderen Städten habe: "keine Autobahnanbindung, keine Ortsumgehung, unzureichender ÖPNV und keine ausreichende Vernetzung mit dem Großraum Hannover." Deshalb wollen Celles Sozialdemokraten u.a. die "zügige Realisierung der Ortsumgehung", die "Anbindung an die Ostseeautobahn", eine "S-Bahn-Anbindung über Langenhagen", die "Förderung von oberzentralen Funktionen der Stadt Celle". Hier herrscht weitestgehende Übereinstimmung mit Biermanns CDU. Am peinlichsten wird diese Nähe, wo man "aktiv die Einrichtung einer Privatuniversität auf dem Gelände an der Hohen Wende als einen Beitrag zur kulturellen und sozialen Belebung für unsere Stadt" unterstützt. Absurd ist nicht allein, dass man tatsächlich an dieses Luftschloss glaubt, sondern dass die altehrwürdige Sozialdemokratie jetzt auch noch das Entstehen eine Elite-Universität 'aktiv' unterstützt. Der Rest des Wirtschaftsprogramms sind altbekannte Allgemeinplätze, die sich in den Hochglanzbroschüren jedes besseren Dezernats für Wirtschaftsförderung finden.

Der Programmpunkt "Soziales" ist für die SPD ein Muss. Nur leider will sie es nicht wahrhaben, zumindest aber nicht aussprechen, dass es in dieser Stadt Armut gibt - und zwar im Städtevergleich sogar in überdurchschnittlich hohem Ausmaß. Die kleine Celler Welt scheint in Ordnung, gäbe es nur ein wenig mehr Kindergartenplätze und schulische Ganztagsangebote in den Stadtteilen. Die SPD will zwar z.B. die Integration von AusländerInnen und SpätaussiedlerInnen fördern, ohne aber ein Wort darüber zu verlieren, wie dies zu bewerkstelligen ist. Weiter will man mehr Jugendzentren, die kurdischen Jugendlichen sollen ihren Treffpunkt behalten, behinderten- und altengerechte Wohnungen sollen gefördert werden und das autonome Frauenhaus verlässlich finanziert werden.

In Sachen Schule und Bildung geht es der SPD vorrangig um "Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten an den Gebäuden". Ein weiteres Ziel ist die "Ausstattung mit

moderner Computer-Technik in allen Schulen".

In der Kulturpolitik spricht sich die SPD vor allem für Bestandssicherung aus. Aber: "Diese Bestands- und Fortentwicklungsgarantie schließt nicht aus, etwa für das Schlosstheater oder die Celler Museen gegebenenfalls nach modernen und effizienteren Betriebsformen zu suchen." Außerdem werden einige "Schwerpunkte" benannt: So soll über ein "Bürgerforum" ein Kultur Netzwerk entstehen, für eine "Jugend-Kulturwerkstatt" soll es Räume geben. Der SPD geht's um den Erhalt des Etablierten, ein paar bunte Tupfer und um Kultur als Standortfaktor.

In Sachen "Stadtentwicklung" dürfe sich Celle, meinen die Sozialdemokraten, "nicht nur auf sein 'historisches Flair' verlassen". Die SPD regt "Wohnungsbauprogramme für junge Familien im gesamten Stadtgebiet" an, will "die Sanierung alter Stadtteile". Für die Stadtteile sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden: "Verkehrsberuhigung ganzer Wohngebiete", "Schaffung von neuen Treffpunkten", "Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten und der Nahversorgung besonders für die älteren Mitbürger", "genügend Kindergärten und Schulen in erreichbarer Nähe".

Das FPD-Programm zu besprechen, wäre Quatsch gewesen. Es ist so allgemein, dass Falkenhagen sich damit auch in Verden oder Osterholz als Bürgermeisterkandidat bewerben kann.



Wahlprogramme

Kommentar Funkstille zu den wirklichen Problemen

Eigentlich bräuchte es in Celle keine Wahlen, denn im Großen und Ganzen sind sich die Parteien einig. Alles ist gut und soll so bleiben, nur manches will man hier und da besser machen.

Eklatant ist, dass keine Partei die in den 90er Jahren zunehmende Armut in der Stadt überhaupt zur Kenntnis nimmt, dass keine Partei den unterschweligen Rassismus und Sozialchauvinismus großer Teile der Bevölkerung überhaupt nur thematisiert, dass Zukunftsthemen wie Ökologie und soziale Gerechtigkeit in ihrer Relevanz auch für die Kommunalpolitik überhaupt nicht erkannt werden.

Geradezu grotesk mutet an, wenn CDU und SPD die "Zukunft Celles" auf das unfinanzierbaren Luftschloss einer Elite-Uni und eine hoffentlich an FFH-Richtlinien scheiternde Ostumgehung aufbauen wollen. Wenigstens bei diesen beiden Punkten schwimmen die Bündnisgrünen nicht mit dem Strom, nur ein überzeugendes eigenes Projekt haben sie deshalb noch lange nicht.

Alle Parteien zielen auf eine imaginäre Mitte, deren Kern in der Vorstellung aller die intakte Familie mit zwei Kindern zu sein scheint - denn vor allem ihr scheint man alles recht machen zu wollen. Nur ist diese Mitte in Celle längst nicht mehr Mehrheit, sondern Minderheit. Gesellschaftliche "Minderheiten" wie SeniorInnen, AusländerInnen, alleinerziehende Frauen und ihre Kinder, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen dürften näher an sowas wie quantitativer Mehrheit liegen. Eine offensive Politik für diese Minderheiten und ihre Interessen will aber in Celle niemand machen.

Beispielhaft wird dies an Integrationsfragen deutlich. Seit Monaten ist dieses Thema in der innenpolitischen Diskussion. Alle wissen, dass die Umsetzung einer Integrationspolitik sich in den Kommunen abspielen wird, doch zu diesem Thema ist in den Programmen von SPD und Bündnisgrünen heute weniger zu lesen als vor fünf oder zehn Jahren. Die CDU bezieht sich hier immerhin auf das Zuwanderungskonzept der Bundespartei.

Wer soll sich eigentlich von diesen Programmen angesprochen fühlen außer Mobilitätsfanatikern, Standortfetischisten, Sonntagsökologen und Lokalpatri(di)oten? Deshalb wäre ein erfreulicher Aspekt am 9.9., die Wahlbeteiligung unter 60 % sinken zu sehen. An der Sitzverteilung im Rat wird sich so oder so kaum etwas ändern - warum auch angesichts dieser Programme ?

Blumer

"Natürlich soll Pinochet nach Hause fahren. Was sind schon sechstausend Tote in zwei Jahren - vielleicht zehn pro Tag - das nenne ich nicht Völkermord."
(Henry Kissinger, ehemaliger Außenminister der USA, in: "The Guardian", zitiert nach: Konkret, Heft Januar 1999)

"Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt oder geknebelt, bis er den Zielort erreicht. Die Humanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muss einfach ein Ende haben."
(Hans-Jürgen Irmer, CDU-Kreisvorsitzender Wetzlar, Neues Deutschland, 3.5.2000, zitiert nach: ARIC Berlin e.V.: Ein deutsches Alphabet)

"Geh zurück nach Saana!"
(Zuruf des Abgeordneten Clemens Reif (CDU) an den Abgeordneten Tarek Al-Wazir (Grüne) im hessischen Landtag, zitiert nach: Konkret Heft Oktober 2000)

"Daß das neue größere Deutschland eine veränderte Rolle in einem von Nationalitätenkonflikten geschüttelten Europa hat, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Wer das nicht als Ausgangspunkt anerkennt, gewinnt nichts und verliert nur kostbare Zeit."
(Antje Vollmer, Grüne, 1992)

"Die Juden sind neben den Altbaiern, Schwaben und Franken und den heimatvertriebenen sudetendeutschen in Bayern ein eigener Stamm."
(Edmund Stoiber, bayrischer Ministerpräsident, zitiert nach: Konkret, Heft August 1999).

"Heil und Sieg im neuen Jahr!"
Mit diesem Gruß hat der Leiter der Stadtwerke im nordrhein-westfälischen Lennestadt seine Mitarbeiter zur Weihnachtsfeier eingeladen. (FR, 04.01.2001)

"Wer sicherstellen will, daß Deutschland weiterhin Kriege führen und gewinnen kann, sollte 2002 unbedingt die Grünen unterstützen."
(Ilka Schröder, Europa-Abgeordnete der Grünen, zitiert nach: Konkret, Heft Dezember 2000).

"Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager."
(Lothar Späth, 1982, Jungle World, 15.7.1998, zitiert nach: ARIC Berlin e.V.: Ein deutsches Alphabet)

"Wir wollen nicht, daß sich hier Lebensformen etablieren, die nicht deutsche sind, wo man nicht unsere Bräuche pflegt."
(Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef, zitiert nach: stern, Heft 3,14.1.1999, zitiert nach: ARIC Berlin e.V.: Ein deutsches Alphabet)

Gute zeiten - schlechte Zeiten

Alle entnommen von www.krasse-zeiten.de

Falkenhagen fischt im Braunen

Die FDP war bekanntlich in den 1950er Jahren die bürgerliche Partei, die prozentual die meisten ehemaligen PGs in ihren Reihen hatte. Mit dem Verlust ihrer Pünktchen und dem Möllemannschen "Projekt 18" im Visier scheint in Celle jeder liberale Anstand abhanden gekommen. Der Oberbürgermeisterkandidat Joachim Falkenhagen schlug Ende Juli als PR-Gag einige "Liberale Plöcke" vor Orten wie dem Hehlentorstift (Missmanagement bei der Heimstiftung) oder dem Hölty-Gymnasium (Renovierungsstau) ein, um auf kommunale Missstände aufmerksam zu machen. In der Meldung der Celleschen Zeitung heißt es dann weiter: "Ursprünglich wollte der FDP-Fraktionsvorsitzende im Celler Rat den Pflock vor dem Asylbewerberheim anbringen, 'um deutlich zu machen, dass Kriminalität von Asylbewerbern bekämpft werden muss'. Im letzter Minute kamen Falkenhagen aber noch Skrupel. 'Das war so ein Blitzgedanke', meinte er. An eine Stigmatisierung der Bewohner des Asylbewerberheimes hätte er nicht gedacht." (Zitat Ende.) Ursprünglich wollten wir jetzt schreiben, dass Falkenhagen auf die rassistische Karte setzt. In letzter Minute kamen uns aber Skrupel, es war halt nur ein Blitzgedanke. An eine Stigmatisierung der FDP hatten wir nicht gedacht. (01/08/01)

Republikanische "Aufbauhilfe"

"Aufbau Bernsteinland Ostpreußen" heißt ein Celler Verein, der vornehmlich Russlanddeutschen beim Start in eine Selbständigkeit helfen will. So ganz uneigennützig betreibt man dieses Ziel aber nicht, wie der Berichterstattung über eine Versammlung des Vereins in der CZ zu entnehmen war: Denn 'aufgebaut' werden soll im ehemaligen Ostpreußen, und dies von 'Deutschen', die - und so wirbt man

um Spenden - dann nicht in Deutschland das Heer der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger vergrößern müssten. Vorsitzender des Vereins ist Otfried von Weiss aus Bargfeld, ehemals (1989/1990) Kreisvorsitzender der Republikaner in Celle.

INTERKUUL 2001

Unter diesem Namen veranstalten die Heimvolkshochschule Hustedt und die Stadt Celle am 23. September 2001 auf dem Großen Plan in Celle gemeinsam ein interkulturelles Fest. Kooperationspartner sind bisher das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und das Ezidische Kulturzentrum Celle. Die Vorbereitungen zu dem Fest werden von einer Reihe von MitarbeiterInnen aus dem kulturellen, sozialen und kirchlichen Bereich unterstützt, aus Schulen, Vereinen und Institutionen.

Das interkulturelle Fest findet statt im Rahmen eines europäischen Projektes, an dem die Heimvolkshochschule Hustedt als Partner beteiligt ist (siehe unten). Es verfolgt das Ziel, die Integration von ImmigrantInnen und Minderheiten mit kulturellen Mitteln zu fördern. Die Zielgruppen in Celle sind die hier lebenden AussiedlerInnen aus der früheren Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Ländern, die kurdischen ImmigrantInnen, die in Celle lebenden AusländerInnen sowie die gesamte Bevölkerung der Stadt.

Am ersten Tag der Woche des ausländischen Mitbürgers in diesem Jahr soll das Zentrum der Stadt an diesem Tag ein Platz der Begegnung der Kulturen sein, der Ort für ein Erlebnis der besonderen Art, mit guter Unterhaltung, fröhlicher Stimmung und freundlichen Gesprächen. Nicht zuletzt soll durch das geplante Fest auch unterstrichen werden, dass das Zusammenleben von Menschen verschiedener 'ethnischer' Herkunft mit unterschiedlichen Traditionen und Kulturen eine Bereicherung für alle ist und dass diese kulturelle Vielfalt eine Chance darstellt und keine Bedrohung.

Bisher wurden eine Reihe von Gruppen und Interpreten aus der Stadt und der Umgebung gewonnen, die bei dem Fest auftreten und zur guten Unterhaltung beitragen wollen. Unter anderen die HBG-Bigband, die Stick Connection der Kreismusikschule, die Square-Dance-Gruppe des MTV Celle, eine kurdische Musik- und Tanzgruppe, eine russlanddeutsche Gruppe und eine Gruppe des Christlichen Jugenddorfwerks Celle, eine Kindertanzgruppe, Break-Dancer und ein Rapper. Geplant ist auch die Teilnahme einer türkischen Musik- und Tanzgruppe, des Spielmannszugs und einer Gruppe der Feuerwehr aus Altenhagen sowie eines Sportvereins und einer Kirchengemeinde. (Kontakt: József Wieszt, HVHS Hustedt, Tel.: 05086 / 9897-0)

Das Grundtvig-Projekt "Enhancing Cultural Awareness Through Cultural Production" (Steigerung des kulturellen Bewusstseins durch kulturelle Produktionen), in dessen Rahmen das interkulturelle Fest stattfindet, läuft vom 01.09.2000 bis 31.08.2002 in Finnland, Dänemark, Österreich und Deutschland. "Zweck des Projektes ist es, Methoden und Praktiken der kulturellen Bildung zu entwickeln, und diese in die Erwachsenenbildung zu integrieren, um auf diese Weise Rassismus und Feindschaft gegen Fremde und Minderheitengruppen in Europa zu reduzieren. Um das zu erreichen, werden verschiedene Organisationen der Erwachsenenbildung zusammenarbeiten (Universitäten, Fachhochschulen, und Institute), die auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und der kulturellen Produktion tätig sind. Durch die Organisation kultureller Bildung und kultureller Produktionen in jedem Partnerland, die Repräsentanten von Minoritäten und Immigranten mit einbeziehen, wollen wir ein gemeinsames europäisches Modul für die Erwachsenenbildung auf verschiedenen Ebenen schaffen und durchführen."

Nazi-Sprüchen an Winsens Orientierungsstufe?

Julius H. Krizsan von den Winser Bündnisgrünen hat in der Gemeinde eine deutliche Zunahme rechtsextremistischer Provokationen registriert. So sei ihm zugetragen worden, dass an der Orientierungsstufe eine Unterrichtseinheit zum Thema "Kinder und Jugendliche unter der Herrschaft der Nazis" wegen ausländerfeindlicher und neofaschistischer Sprüche der Schülerinnen und Schüler abgebrochen wurde. Der Schulleiter dementierte zwar den Abbruch einer Unterrichtseinheit, räumte aber ein, dass es ausländerfeindliche Sprüche gegeben habe. Dagegen sei man energisch eingeschritten, die Schüler seien ermahnt worden.

Weiter machte Krizsan darauf aufmerksam, dass ein Grillplatz in Winsen mehrfach mit Hakenkreuzen und faschistischen Sprüchen beschmiert und Schützenfeste durch randalierende Skinheads gestört worden seien. Die Winser Polizei dagegen relativiert Krizsans Beobachtungen. So seien bei der Schützenfest-Prügelei in Bannetze, auf die sich der Grüne beziehe, "Jugendliche verschiedener Couleur" beteiligt gewesen. (Die Nazi-Skins haben sich also nicht untereinander geprügelt?) Die Bündnisgrünen in Winsen fordern ein "hartes Durchgreifen gegen Sprücheklopfer und Schmierer" sowie die Einrichtung eines Runden Tisches.

Integrationshilfe bei der Celler AWO

Nach einer Einarbeitungszeit berät seit Mai die polnische Spätaussiedlerin Lucia Rietz MigrantInnen und Flüchtlinge bei der Arbeiterwohlfahrt in der Wehlstraße 41. Montags und mittwochs sind von 9 - 12 Uhr Sprechstunden angesetzt, zusätzlich berät der Diplom-Pädagoge Mehmet Karakaya jugendliche AusländerInnen in Ausbildungs-

und Berufsfragen (dienstags und donnerstags). Telefonisch ist die Beratungsstelle über 902718 zu erreichen. (26/05/01)

Landkreis schmückt sich mit Abschiebungen

Die Ausländerbehörde des Landkreises Celle teilte als 'Erfolgsbilanz' für das erste Quartal 2001 die Ausweisung und Abschiebung von 50 Personen mit; darunter waren 21 Straftäter und 29 abgelehnte Asylbewerber, von denen 23 mit Zwang abgeschoben wurden. Neun abgelehnte Asylbewerber tauchten unter. Immerhin erhielten 17 Personen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. (19/05/01)

60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion wurde in der Gedenkstätte Bergen-Belsen die Sonderausstellung "Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945 Leiden und Sterben in den Lagern Bergen-Belsen, Falligbostel, Oerbke, Wietzendorf" eröffnet. Die Gedenkfeier fand auf dem Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen statt. Rund 20000 Kriegsgefangene sind im Lager Belsen hier unter erbärmlichsten Umständen gestorben. Ihr Tod sei von der Wehrmacht von vornherein einkalkuliert worden, sagte Niedersachsens Kultusministerin



Plakataktion in Jugendherberge

"Ciao", "Hallo" und "Salut" grüßen drei Jugendliche unterschiedlicher Hautfarbe von Plakaten, die seit einigen Wochen in Niedersachsens Jugendherbergen hängen. Mit dieser Plakataktion bezieht das Jugendherbergswerk Stellung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Der Leiter der Celler Jugendherberge, Thomas Hahn, will das Thema nicht totgeschwiegen wissen. Auch in seinem Haus habe es Situationen gegeben, in denen deutsche Schüler Ausländer angepöbeln hätten. Natürlich würde das nicht geduldet, wichtig sei aber darüber hinaus, die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit anzuregen. (21/07/01)

Jürgens-Pieper in ihrer Ansprache. (22/06/01)

Internationaler Weltladentag

Briefe, in denen ProduzentInnen der fünf Hauptprodukte (Reis, Zucker, Kakao, Kaffee und Bananen) sich und ihre Arbeit vorstellen, standen im Mittelpunkt des sechsten internationalen Weltladentages am 19. Mai in Celle. An Info-Ständen gab es Kostproben aus dem Sortiment des Weltladens und Informationen zum Beispiel zur "Food Box", die in der WTO die Ernährungssicherheit der Länder des Südens sichern soll.

Zu einer Abendveranstaltung am 23. Mai konnte der "Eine Welt Arbeitskreis" dann Vanete Almeida

begrüßen. Sie ist Repräsentantin der brasilianischen Landarbeiterinnen, vertritt sie im Frauenrat bei der brasilianischen Regierung und koordiniert die Arbeit der Landfrauenbewegung in ganz Südamerika. Sie stellte in Celle die Probleme des Sertao vor, einer trockenen Region im Nordosten Brasiliens, wo sich der ungleiche Landbesitz auch bei der Wasserverteilung negativ auswirkt. [mehr unter <http://www.solidarischewelt.de/sites/173/brasilien.htm>] (24/05/01)

Schöne Eine Welt

Eine der bekanntesten politischen Theatergruppen der Republik, die "Berliner Compagnie", war am 12. Juni mit ihrem Stück "Schöne Eine Welt" zu Gast in Celle. Eingeladen in die CD-Kaserne hatten der DGB, der Weltladen und die HVHS Hustedt.

Eine Textilfirma in Südostasien packt für den Umzug zusammen, weil die Situation in der von Militär bewachten "freien Produktionszone" brenzlich wird: Hunderte Arbeiterinnen, die täglich für einen Hungerlohn und unter Lebensgefahr schufteten, treten in Streik. Fabrikdirektor (Gerhard Fries, der auch das Stück geschrieben hat) und sein Produktionsleiter Zoff (Dietmar Bauschke) planen den Umzug nach Bulgarien. Seit Jahren marodieren sie von einer freien Produktionszone zur anderen. Eine junge Arbeiterin (Elke Schuster) stört den Aufbruch, weil sie in der Fabrik ihre seit Tagen vermisste Schwester sucht. Für weitere Irritationen sorgt Grit (Monika Bienert), die Geliebte des Chefs, die früher selbst Näherin war. Sie stellt sich auf die Seite der asiatischen Näherinnen. Das Schicksal der vermissten Schwester klärt sich schnell auf. Zoff hat die Gewerkschafterin dem Militär ausgeliefert und der Sterbenden dann "den Gnadenschuss gegeben". Als die Arbeiterin mit den blutigen Kleiderresten ihrer Schwester in die Lagerhalle tritt, nehmen Zoff und sein

Chef die Maschine ins neue Billigparadies Bulgarien. Zurück bleiben Grit und die asiatische Näherin. Hintergrund des Bühnenstücks ist die Ermordung der indonesische Arbeiterführerin Marsinah. Die Berliner Compagnie hat beklemmend gezeigt, dass der Kapitalismus im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen geht. Ein reines Gewissen können aber auch die Konsumenten der reichen Länder nicht haben, wie die rhetorische Frage des Fabrikdirektors deutlich machte: "Meinst du, wenn nicht hinter uns die Männer mit den Gewehren stünden, es gäbe einen Winterschlußverkauf bei euch?"

Leider sahen nur rund 70 überwiegend ältere BesucherInnen das Stück, zumeist solche, die sich auch vorher über den Kapitalismus wenig Illusionen machten. (13/06/01)

CD-Kaserne dementiert

Fast hätte man den Eindruck haben können, der Geschäftsführer der CD-Kaserne sei endlich in der Provinz angekommen. Denn richtig wie ehrlich waren die Sätze, mit denen er nach den Scygs-Konzert-Flopp in der CZ zitiert wurde. Nur 120 BesucherInnen erschienen zu dem "Event", wo mit 300 im doppelten Sinn gerechnet wurde. "Celle ist zu sehr Provinzstadt", wurde Thomsen zitiert, und "alles, was intellektuell oder kreativ fordert, stößt bei den meisten Cellern auf Desinteresse". Aufgemacht war der Artikel in der Überschrift mit dem vermeintlichen O-Ton: "Wir gönnen uns den Luxus, eine Nische zu besetzen." In einer Gegendarstellung, die die CZ nicht veröffentlichte, dementierte Thomsen: "Diese Zitate sind falsch. Vielmehr habe ich dargestellt, dass die Veranstalterbranche in Deutschland ein generelles Phänomen beobachtet: nämlich, dass in der Sparte Rock die Live-Musik-Szene rückgängig ist und, dass dies zunächst die kleineren Städte am ehesten zu spüren bekommen. Die anderen Zitate haben weder ich noch jemand aus dem Team

der CD Kaserne Celle gesagt." Auch damit hat er recht. Falsch ist, dass die CD-Kaserne weiter am Eindruck festhalten will, sie könne im Veranstaltungsbereich schwarze Zahlen schreiben. Eine Illusion ist dies allein schon deshalb, weil die Personalkosten in Höhe von jährlich rund einer halben Million DM nie auf die Veranstaltungen bezogen werden. Letztlich ist auch Jugend- und "Populär"-Kultur (wie schon immer Theater, Klassik und Museum) ohne Subventionen nicht mehr zu machen. (02/07/01)

Biermann trifft Kurden

Zu einem nicht-öffentlichen Treffen hatte Ende Juni Celler Oberstadtdirektor Martin Biermann Vertreter der Kurden in die Exerzierhalle eingeladen. Biermann hatte in der Vergangenheit die kurdische Community mit unbewiesenen Behauptungen illegaler Immobiliengeschäfte beschuldigt. Die Verwaltungsspitze hatte zwar wohl ein Gespräch mit VertreterInnen erwartet, es kamen dann aber rund 200 Celler KurdInnen. Konkrete Ergebnisse gab es nicht, aber allein das Zustandekommen des Treffens dürfte schon als "Ergebnis" gelten. Biermann sprach sich gegenüber der CZ für verstärkte Integrationsmaßnahmen in Kindergärten und Schulen aus. VertreterInnen der KurdInnen äußerten die Bitte, nicht in 'Sippenhaft' genommen zu werden, wenn einzelne aus der kurdischen Bevölkerungsgruppe straffällig würden. Weiter forderten sie eine kostenlose Liegenschaft für die Einrichtung eines Kulturzentrums; hierzu gab es keine Zusagen seitens der Verwaltungsspitze. - Etwas merkwürdig war die Teilnahme von Bergens Oberbürgermeister und CDU-Kreisvorsitzenden Rainer Prokop, der wie Biermann bisher unbewiesene Vorwürfe gegen die in Bergen lebenden KurdInnen erhoben hatte. So dürfte das Treffen vor dem Hintergrund der



Zuwanderungsdebatte auch dazu gedient haben, die Celler CDU und ihren OB-Kandidaten als diskursfähig und 'auf der Höhe der Zeit' zu präsentieren. Vielleicht ist der CDU auch aufgefallen, dass in der Stadt mittlerweile rund 800 'KurdInnen' mit deutschem Pass (= Wahlberechtigte) leben. (26/06/01)

Zehn Jahre Biermann

Überrascht stellten die Celler einen Monat vor der Oberbürgermeisterwahl fest, dass die Wahl, die sie am 9. September treffen, nicht für fünf, sondern gleich für zehn Jahre Gültigkeit haben soll. Hintergrund ist die schlichte Amtszeitüberschneidung. Biermann ist noch bis zum 31.12.2001 Oberstadtdirektor, erst danach kann eine OberbürgermeisterIn im neuen eingetragenen System sein Amt antreten. Die SPD-Landesregierung hatte für Fälle wie diesen beschlossen, dass der neugewählte OB den Job in diesem Fall für die Dauer der restlichen und der folgenden allgemeinen Wahlperiode inne haben soll.

Ärgerlich ist es schon, dass die Verwaltungsspitze es nicht für erforderlich hielt, die Öffentlichkeit auf diesen Umstand hinzuweisen. Anfang August machte die SPD dem OstD und OB-Kandidaten Biermann dies zum Vorwurf. Dabei spricht's andererseits nicht unbedingt für die 'Professionalität' der Sozialdemokraten und ihres Kandidaten, erst einen Monat vor der Wahl darauf aufmerksam geworden zu sein. Peinlicher allerdings, dass der Gemeindevahlleiter und stellvertretender Verwaltungschef Gonell auf Anfrage der CZ ebenfalls nichts von der zehnjährigen Amtszeit des ersten direkt gewählten OB gewusst haben wollte. Das ganze ist in höchstem Maße provinziell, eben Celle. (06/08/01)

Köhlers Heimspiel

Köhlers Republikaner kandidieren

selbstverständlich auch am Wohnort des Kreisvorsitzenden in Winsen. Hierfür und für die Ortsräte konnten die rechtsextremen Republikaner immerhin elf Kandidaten finden. Die dörfliche Drogen- und Sprayerszene will Köhler, so eines der gegenüber der CZ verlauteten Ziele, mit einer Intensivierung der Jugendarbeit, z.B. Mitternachtssport für nichtorganisierte Jugendliche, begegnen. - Kreidebleich wirkte Köhler zuletzt auf Fotos oder hat er wirklich schon einen Aufnahmeantrag für die SPD auf dem Nachttisch liegen? (07/08/01)

Klaus Schaa (REP): Kriminelle Ausländer raus!

Wenigstens die Celler REPs wissen noch, wofür sie gewählt werden. Ihr OB-Kandidat Klaus Schaa berichtete über sein Programm, dass er nichts gegen Ausländer habe, "sondern gegen die Leute, die das System ausnutzen." Neben 'falschen' Asylbewerbern gehörten, teilte er der CZ mit, auch Deutsche. Selbstverständlich würde die Partei aber auch mit dem Slogan "Kriminelle Ausländer raus" auf ihre WählerInnen zugehen. Neben Schaa fanden die REPs in der Stadt für dieses Programm nur fünf weitere Kandidaten. (07/08/01)

PDS zu spät

Es ist nicht gerade imagefördernd, was der PDS vier Wochen vor der Kommunalwahl misslang. Kurz vor Toresschluss wurde entschieden, sich an der Kommunalwahl zu beteiligen. Doch die Wahlunterlagen trafen sowohl beim Kreis- wie beim Stadtwahlleiter jeweils um Minuten zu spät ein - und das auch unvollständig. Es ist nur zu verständlich, wenn sich Michael Ende in der CZ über die "Spontis" von der PDS lustig macht. Wer's mit zwei bezahlten Funktionärinnen nicht schafft, die Wahlunterlagen rechtzeitig fertig zu machen und abzugeben, hat den Spott verdient. - Immerhin: Politisch ist

dieses Scheitern von nicht allzu großer Bedeutung. (08/08/01)

Nazi ohne Führerschein

Weil er Ende Februar u.a. an der Synagoge und am jüdischen Friedhof Plakate mit dem Portrait des Nazi-Märtyrers Horst Wessel verklebt hatte, wurde ein 23-jähriger Neonazi vom Celler Amtsgericht jetzt zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen á 60 DM verurteilt. Außerdem wurde ihm, weil er zur Ausführung der Tat sein Auto benutzt habe, der Führerschein entzogen. (09/08/01)

Bodenhausen für DP

Nach der Auflösung des rechtspopulistischen Bundes Freier Bürger hat Hans-Erich von Bodenhausen eine neue Parteiplattform gefunden. Für die "Deutsche Partei" kandidiert der Vertriebenfunktionär für den Gemeinderat Hambühren. (09/08/01)

Bespuckter Klaus

Am 9.8. fand vor dem Amtsgericht Celle ein Prozess gegen einen Braunschweiger Antifaschisten statt, der beschuldigt wurde während einer Aktion am 11.11.00, die sich gegen einen von den Celler Nazis aus der Kameradschaft 73 organisierten "Infotisch" richtete, den "Chef" der Kameradschaft, Klaus Hellmund, bespuckt und beleidigt zu haben. Hellmund hatte Anzeige erstattet. Der Richter stellte das Verfahren gegen eine Geldbuße von 300 DM ein.



Solidarität mit dem Widerstand in Genua

Um auch hier in der Provinz irgendwie auf die schockierende Gewalt der Polizei gegen die Anti-G8 Demonstrationen in Genua zu reagieren, hängten einige Leute von "Basta Ya" am 25.7. in der Fussgängerzone ein Transparent ("NO JUSTICE - NO PEACE! Solidarität mit dem Widerstand in Genua!") auf und verteilten Flugblätter mit einem Augenzeugenbericht von der blutigen Erstürmung der Genueser Schule Diaz an die PassantInnen. (Siehe auch CZ vom 26.7.01)



Im Einleitungstext des Flugis appellierten sie nicht an die G8-Staaten, in Zukunft gemäßigeren Polizeieinsätze zu fahren, sich "rechtsstaatlicher" zu benehmen, sondern fassten die tödlichen Schüsse und die Folter in den Gefängnissen als im Wesen von Staaten angelegt auf:

"Angesichts der Vehemenz des Widerstandes gaben die führenden Staaten der Welt ihre Zurückhaltung auf und zeigten sich als das, was sie sind: auf Gewalt basierende Instrumente zur Absicherung der Herrschaftsinteressen der Eliten." Und daran, so möchte ich hinzufügen, ändert auch keinerlei "Dialogbereitschaft" der Regierung oder anderes Zuckerbrot etwas. Wenn ihr Gewaltmonopol in Frage gestellt wird - und das muss nichtmal besonders militant geschehen, oft genügt schon eine entschlossene Sitzblockade (z.B. Castor 1997) - müssen sie das verhindern - oder untergehen.

Die Celler City-Steifen-Polizisten in

Begleitung zweier Zivi-Cops entblödeten sich nicht, gegen die kleine Aktion von "Basta Ya" einzuschreiten und nahmen die Personalien der Beteiligten auf, da das Flugblatt "kein ordentliches Impressum" gehabt hätte.

Infos zu Genua etc.:

www.germany.indymedia.org

www.linkeseite.de

kunigunde

Schützen und Geschichte Jüdischer Schützenkönig in Neuenhäusern

Mit der Biographie des einzigen jüdischen Schützenkönigs, den Celle hatte, befasste sich beim diesjährigen Schützenfest die Neuenhäuser Gesellschaft. Die hannoversche Historikerin Sybille Obenaus hatte 1996 darauf hingewiesen, dass der im KZ Sachsenhausen ermordete Kaufmann Julius Wexeler 1931 König des Neuenhäuser Schützencorps war. Die Schützen waren bis dahin davon ausgegangen, dass das Königsbild von 1931 Ferdinand Löhr zeige. Zwischenzeitlich stellte man fest, dass Wexelers Name wohl bewusst aus den Annalen der Schützengesellschaft getilgt worden war. Nachdem das Schützencorps das Bild Wexelers im Frühjahr an die Synagoge ausgeliehen hatte, fand es jetzt während des Schützenfestes wieder seinen Platz in der Reihe der Neuenhäuser Könige. (25/07/01)

Schlossberg-Fete

Der Polizeibericht lässt im Ergebnis dieses Jahr Vergleiche mit einer linken Demonstration zu: 25 Platzverweise, 7 Ingewahrsamnahmen, Anzeigen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und versuchte Gefangenenbefreiung. Doch es handelte sich um die traditionelle Schlossbergfete zum Schuljahresende. Die Polizei macht 'kurdische' und 'deutsch-russische' Jugendliche für die Gewalt verantwortlich. "Volksgruppen", wie Polizeisprecher

Lauer sie ohne jede Distanz zu diesem in der NS-Zeit sehr gebräuchlichen Begriff nennt, da Ausländer angesichts der deutschen Pässe, in deren Besitz viele der "Täter" sind, nicht mehr geht. - Ohne Frage sind etliche der Stress-Macher machistische Arschlöcher, aber zum Teil sind sie dies auch, weil die anderen sie als "Volksgruppe" wahrnehmen und behandeln. Nicht nur von der Polizei, sondern vielfach auch von den SchülerInnen. (29/06/01)

Sensible Polizei kämpft gegen Nazis

In der CZ vom 13.7. gab es eine komplette Sonderseite mit dem Titel "Kampf gegen Nazis: Celles Polizei setzt auf Aufklärung". Das verwundert nicht, schließlich wird Celle im aktuellen Verfassungsschutzbericht für Niedersachsen als ein Brennpunkt der Naziszene behandelt, und dieser Eintrag möchte wohl möglichst schnell wieder gestrichen werden. Also bastelt die Celler Polizei ein neues Konzept...

Unter anderem sieht dieser neue Plan, basierend auf einer von der Bundesebene abgeleiteten Rahmenkonzeption des Landesinnenministeriums vor, den Informationsfluss zwischen den Behörden und Ämtern zu verbessern, die "Kollegen" sollen "sensibilisiert" werden für das Thema Nazismus und sie sollen die gesellschaftspolitischen Hintergründe kennen lernen, um Nazis argumentativ gefestigt entgegenzutreten zu können.

Auch die CZ setzt auf Aufklärung und berichtet u.a. kurz über die Vorfälle in Langenhagen/ Wiesenau und die Kameradschaften 73 und 77 mit ihren "Bossen" Klaus Hellmund und Michael Homeister (siehe Artikel). Hierzu beziehen sie sich sogar auf Angaben von Antifa- Rechercheuren. Dies mutet etwas seltsam an, zumal vor einem Jahr der vermeintlichen "Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses" (Personalunion mit der Kameradschaft 73) in der CZ Raum zur Diffamierung des Bunten

Hauses und dessen MitarbeiterInnen, gegeben wurde, an der im Besonderen Klaus Hellmund beteiligt gewesen ist.

Auch die jahrelange Entwicklung zu einem "Brennpunkt" ist nicht gerade unmerklich passiert, sieht man auf zahlreiche Vorfälle zurück (am einschlägigsten: der Mord an Peter Deutschmann von zwei Nazi-Skins in Eschede 1999). Nun ist es amtlich im VS-Bericht nachzulesen, der Kessel ist am dampfen.

Gescheiterte-Existenz-Klaus

Über sein kurzes Persönlichkeitsprofil wird sich Klaus Hellmund auch nicht gefreut haben: ein Sicherheitsexperte bezeichnete ihn in dem Artikel über die Kameradschaften als "nicht in der Lage, Aktivitäten über den eigenen Kreis hinaus zu entfalten, doch in der Darstellung oberflächlicher Inhalte gefestigt". Darüber hinaus hätten ihn berufliche Misserfolge und materielle

Abstiege bereit gemacht, die Anerkennung als Kopf der Nazi-Gruppe zu suchen und dankbar anzunehmen. Wie dürfen wir uns da den Rest der Kameradschaft vorstellen?

*der CZ-Artikel sowie eine Chronologie von Nazi-Aktivitäten in und um Celle ist nachzulesen unter <http://members.tripod.de/AIG-Celle/chrono/010713.html>

What good am I ?

Vor etlichen Jahren schlich sich der Autor dieser Zeilen mal wieder lustlos zur Maloche; wieder so ein Tagesanfang:- die Kaffeemaschine zum Brodeln bringen, die erste gute Zigarette; das Radio an und den Blick auf den Schlossberg -jaja, die Enten sind noch da und Wetter ist auch, - ausm Radio die elende WassindwirdochallesfürguteMenschenhymne "We are the world" (für jüngere: ein Wohlfahrtsdinges gegen Hunger in Afrika, seinerzeit/ für mich - auch heute noch-reine PR für abgehalfterte Show-Größen) und dann SIE!

Diese 'Stimme von jenseits eines Lungensanatoriums'. Mein schäbiges Büro wurde plötzlich immer größer und weiter; es ist wirklich so, merklich da, es gibt ein Leben im Leben - unter, neben, über und trotz all dem Schrott der Dich täglich umgibt (und den Du selber fleißig mitmischst, seimalehrlich, nech !), und dieses Lebendige fragt Dich, wie Du das alles geregelt kriegen sollst; und es verspricht Dir manchmal auch, daß das Licht am Ende des Tunnels nicht unbedingt der entgegenkommende Zug sein muß .

Unsere Häuser sollen Fenster haben, um nach draußen sehen zu können, und Türen um Neues einzulassen; -so brauchen wir unsere Ohren für diese Art Stimmen. Und unsere Herzen dafür, was die Stimmen uns zu sagen haben. Viele Leute haben ihre Lieblingsstimmen: Miles Davis oder Van Morrison; Slime oder Beethoven; Dostojewskij oder Brinkmann; Shakespeare oder Majakowskij. Über die Lieblingsstimme sprechen, heißt immer auch, über sich selber sprechen. Zweifellos gehören die Stimmen immer zu ganz bestimmten Personen. Doch wenn sie erst einmal imstande sind, viele Menschen zu erreichen, dann gehören ihnen die Stimmen nurmehr nur noch äußerlich an -dann verschwindet die private Einzelperson- und wir sind gut beraten, keine Helden aus denen zu machen, die vielleicht keine Chance mehr haben, sich gegen ihre Verehrer zu wehren, weil sie selbst schon tot sind. Dylan selbst ist sicher gut beraten, aus seiner privaten Person keine öffentliche Persönlichkeit werden zu lassen. Es ist wohl klar, dass selbst Heilige lie-

ber alleine aufs Klo gehen würden. In diesen Tagen gibt es eine wahre Flut von Dylan-Exegesen und -analysen; bullshit ! Der beste Satz stammt noch immer vom Australier Imre Szalusinski: "Ich halte den Rockjournalismus für die niederste Form der menschlichen Kommunikation, wenn niemand darauf kommt, wer in dem Song "What good am I "wirklich spricht". Doch letztlich kommt es auch darauf gar nicht an.

Anders als Jesus oder Che, hat Dylan gewissermaßen den Nachteil, noch am Leben zu sein; und auch für uns Zeitgenossen macht das die Sache nicht eben einfach: der Typ könnte ja noch mal auf die Idee kommen, etwas Unerwartetes oder Dummes zu machen (der -mißverständene!- religiöse Umschwung in den 80ern etwa / und was war da mit Kapital in Rüstungsfirmen? etc)...

Oder ist das einfach, wenn Du Deine Ikone dann mal nackt dastehen siehst ?

Ist es doch!: der Sänger und Texter Robert Zimmerman hat ganz offensichtlich mehr Freude am Spielen als am Platten-Machen, und es fallen ihm eine ganze Menge Songs ein -mal erreichen sie Dich -mal nicht. Über den 60 Jahre alten Mann aus USA kann kaum wer berechtigterweise urteilen; wer kennt schon den Typen selber ? Aber was die Songs mit Dir machen, das isses!!

Wir brauchen Bob Dylan nicht zu kennen. Zitat Anthony Burgess: "Wir brauchen nur in den Spiegel zu blicken. Er ist, was wir sind, die einfache, leidende Menschheit, von bescheidenem Ehrgeiz angefeuert, an Geld interessiert, das Opfer der Begierde -nur allzu sterblich. Seinen Schultern (ist..) wie ein Buckel ein wunderbares aber irgendwie irrelevantes Talent auferlegt. Ein Talent, das uns -mehr als (vieles...) andere in dieser Welt - damit aussöhnt, Menschen zu sein, unzureichende hybride Wesen, nicht gut genug Götter, nicht gut genug Tiere zu sein. Wir alle sind (Bob Dylan ist einer der Namen...) eines unserer Erlöser."

GEPUNKT

Buchbesprechung:

Maria Mies , "Globalisierung von unten"

Die Weltbank selbst mußte im Juni 1999 zugeben, dass 200 Millionen Menschen durch die finanzielle "Kernschmelze" in Asien und Russland in absolute Armut gestürzt worden waren. Was die Weltbank aber nicht erwähnt, ist das, was viele der Demonstranten in Seattle, in Washington und in Prag inzwischen wissen, nämlich, dass diese finanzielle "Kernschmelze" in Indonesien, Thailand, Korea und dann in Russland das Resultat der von Weltbank und IWF den Ländern aufgezwungenen Freihandelspolitik, besonders der Deregulierung des Finanzsektors, war (zitiert aus Maria Mies, Globalisierung von unten, Rotbuch-Verlag, Hamburg 2001).

In ihrem Taschenbuch "Die Globalisierung von unten" nimmt Maria Mies, emeritierte Professorin für Soziologie und seit vielen Jahren aktiv in der Frauen-Ökologie -und Dritte-Welt-Bewegung, die Massenproteste im November 1999 in Seattle gegen die Ministerkonferenz der WTO (Welthandelsorganisation) zum Anlass, einen Abriss der weltweiten Bewegung gegen die Globalisierung zu geben. Ausgehend von einer Beschreibung der Ereignisse in Seattle stellt M. Mies die Bestandteile einer weltweiten Anti-Globalisierungsbewegung so wie ihrer Vorläuferbewegungen dar. Anfangs gibt sie eine kurze Beschreibung der Institutionen der Globalisierung, WTO (World Trade Organisation), Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfond) und ihrer Politik der letzten zwanzig Jahre anhand von Beispielen wie z.B. den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs), mit Hilfe derer die Politik und Wirtschaft von Dritt-Welt-Staaten den Anforderungen der weltweit praktizierten Politik der Liberalisierung des Handels und der Wirtschaft und somit den Interessen der transnationalen Konzerne kompatibel gemacht werden. Sie schreibt "eine kurze Geschichte des Neoliberalismus" und zeigt anhand der weltweiten fatalen Folgen neoliberaler Politik wie Arbeitsplatzeinbußen, Bedrohung von Arbeitsstandards, Armut und ökologischer Auswirkungen die Konsequenzen der GLP-Politik (Globalisierung-Liberalisierung-Privatisierung). In einem weiteren Teil des Buches widmet sich Mies der Widerstandsbewegung, die sich in allen Teilen der Welt gegen neoliberale Politik, ihre Institutionen und ihre Auswirkungen formiert. Die Proteste in Seattle werden als Kulminationspunkt einer Bewegung betrachtet, die sich schon im Vorfeld im Norden und vor allem im Süden der Welt gegen neoliberale Politik und die Vorstöße ihrer Vertreter richtet. So beschreibt sie die Bewegung gegen die Patentierung lebender Organismen wie z.B. Saatgut in Indien, den Kampf um Erhaltung der Biodiversität und die "Via Campesina", eine weltweite Organisation der Agraropposition, in der sich Klein- und Mittelbauern aus aller Welt in ihrem Kampf um Nahrungssouveränität, Agrarreformen und gegen die weltweite Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik zusammengeschlossen haben.

In einem Überblick über die wichtigsten Treffen der



Institutionen der Globalisierung geht Maria Mies gesondert auf die Globalisierungsfolgen für Europa ein und zeigt gleichzeitig, wie auf Seiten des Widerstandes versucht wird, den "Geist von Seattle nach Europa zu tragen." In einem letzten Kapitel zeigt die Autorin Alternativen zur konzerngesteuerten Globalisierung auf und bereitet in einem Anhang mit Kontaktadressen wichtiger Organisationen, die gegen Globalisierung arbeiten, einer Vernetzung des weltweiten Globalisierungswiderstandes den Weg. Das Buch bietet einen umfassenden Überblick für alle, die sich über die aggressive Politik transnationaler Konzerne und ihrer politischen Organisationen informieren wollen und kann als Vorbereitung auf die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua und weitere Parties gelesen werden.

Wer mehr über konkrete Auswirkungen der Politik von IWF, Weltbank und Co. erfahren möchte, dem sei das eher populärwissenschaftliche und schon etwas ältere Buch "Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand" von Hans-Peter Martin und Harald Schumann, rororo Sachbuch, 1996 empfohlen. Anhand von Unmengen konkreter Beschreibungen der Auswirkungen der weltweiten Liberalisierung des Handels und der Wirtschaft erfährt der Leser hier mehr über die letzten Transformationen des Kapitalismus. (so-)

Weiterer Buchtip zum Thema Globalisierung: -No Logo- von Naomi Klein, Verlagsgruppe Bertelsmann ISBN: 3570500187

Hallo NachbarIn... Anarchie ist machbar in

Hannover und anderswo..

Mit konkreter alltäglicher anarchistischer Theorie und Praxis setzen wir uns in der Anarchistischen Woche auseinander. Was heißt anarchistische Politik im 21. Jahrhundert zu betreiben? Wie kann heute noch eine Revolution aussehen, nach dem Scheitern der bisherigen Konzepte? Welche neuen Ansätze gibt es, und welche alten Konzepte sind nach wie vor aktuell?

Deshalb organisieren wir diese Anarchistische Woche. Es gibt keine Alternative zur Revolution, für alle, die sich ein konkurrenzlos gutes Leben ohne Konkurrenz wünschen, für alle, die eine Vorstellung von grenzenüberwindender Solidarität entfalten, für alle, denen es ein Graus ist, "seinen / ihren Mann stehen" zu müssen, für alle, die "muss ja" und "das war schon immer so" nicht mehr hören können, und für alle, die spätestens mit dem Aufkommen antibakterieller Mülltüten sagen:

Jetzt reicht's! Für all diese (und für die anderen) bietet die 2. Anarchistische Woche in Hannover: Workshops, Diskussionsrunden, Informationen, Lesungen, Video, Film und Partyspass zu libertärer Pädagogik, Naturwissenschaftskritik, über Staat, Nation und Demokratie, zu Kaffeekooperativen, Abschiebehäft, zu Geschlechtsbildern und Befreiung, Gegenkultur und Freier Kooperation, Spanischer Revolution, Zeit? / Leiharbeit sowie anarchosyndikalistischer Organisation. Anarchistische Vorstellungen menschlichen Zusammenlebens sind aktueller denn je.

Wir freuen uns auf lange Tage und Nächte mit Streit, Spaß, Anregungen und warmem Essen mit Euch.

Die Anarchistische Woche ist eine Gemeinschaftsproduktion der Freien ArbeiterInnenunion Hannover (FAU) und der Graswurzelrevolution /gewaltfreie AnarchistInnen zu Hannover. Wir danken allen, die unsere Arbeit mit ihrer Zeit, Kraft und Kohle unterstützt haben.

2. Anarchistische Woche vom 22.9.-7.10.2001 in Hannover. Ständig aktualisiertes Programm unter www.fau.org/a-wochen.html



Politiet önsker forbud mot nazi-symboler

Vor Jahren Christoffersen im südlichen Dänemark; heutzutage Rieger in Schweden: Skandinavien ist stets ein Rückzugsraum für alte und neue Nazis gewesen. Ist damit nun Schluss? Wie schon 1996 die schwedische Regierung, so will in diesem Jahre auch das Parlament im norwegischen Oslo mit neuer Gesetzgebung den Kampf gegen Rassismus und Neo-Faschismus aufnehmen. Das ist durchaus bemerkenswert: - traditionell ist das Rechtsgut der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit (ytringsfrihed) in den skandinavischen Ländern ausserordentlich hoch angesiedelt gewesen. In diesen Ländern, die z.T. sehr wohl eine leidvolle Geschichte durch die deutsche Besatzung während und gegen Ende des zweiten Weltkrieges erlebt hatten, war es jahrzehntelang nicht strafbar, faschistische Kundgebungen abzuhalten, nazistische Symbole zu verwenden. Oslo (OT Holmlia) erlebte Anfang dieses Jahres einen ersten Todesfall mit rassistischen Hintergrund; getötet wurde ein junger Einwanderer, der sich im Kampf gegen Neonazis engagiert hatte; mehr aber noch erregte einige Wochen darauf die Gemüter das TV-Interview eines inhaftierten Rechtsextremen der vor der Kamera seine mit entsprechenden Symbolen "geschmückte" Jacke trug; unmittelbar anschließend ergab eine repräsentative Umfrage, dass dreiviertel der NorwegerInnen ein Verbot solcher Symbole befürwortete. In dieser Stimmung verhinderte die Bevölkerung (!) einen Aufmarsch der Skinheadgang Bootboys. Im Sommer zog sogar die Osloer Polizei nach und forderte ein Verbot von Nazi-Symbolen.

Der dem Storting nun vorliegende Gesetzentwurf stellt allerdings das Tragen etwa eines mit Hakenkreuz oder Sonnenrunen versehenen T-shirts nicht per se unter Strafe; der Ansatz folgt mehr dem US-Vorbild der sogenannte hate-crimes, welche bewirken, das Vergehen, die mit rassistischem oder neo-faschistischem Motiv begangen werden sogleich rigider sanktioniert werden, also eine größere Schwere der Schuld, wie sie etwa das deutsche Strafrecht kennt, gewissermaßen automatisch festgestellt ist. Praktisch bedeutet dies, dass z.B. eine Körperverletzung oder Sachbeschädigung mit entsprechender Motivlage deutlich höhere Strafen nach sich ziehen wird.

Neu eingeführt wird der Straftatbestand der Verhetzung des Volkes (Verhetzen einer Volksgruppe). Und zwar ganz ausdrücklich auch gerade im Hinblick auf rassistische Äußerungen (Der rasmeparagrafen von 97 hat bisher zu jährlich 6 Verurteilungen geführt).

Neu ist auch eine Bestimmung der gesetzwidrigen Diskriminierung. Ganz bewußt nicht vorgesehen ist, irgendwelche Organisationen zu verbieten, weil hier die Ansicht vorherrscht, dass eine nazistische Haltung nicht durch Verbote aus der Welt geschaffen werden kann, sondern durch Sanktionierungen eine gesellschaftliche Ächtung erfährt. Zu diesem gesellschaftlichen

Hintergrund noch einige Anmerkungen: das Land Norwegen liegt in sozio-ökonomischer Hinsicht an der Weltspitze - der Lebensstandard ist europaweit am höchsten und die Arbeitslosenquote wird fürs laufende Jahr auf unter 3% geschätzt; nichtsdestoweniger sitzen mit den 23 Abgeordneten der sog. Fortschrittspartei (framskrittsp.) Europas "dienstälteste" rechtsextreme Parlamentarier in der 125 Sitze umfassenden Nationalversammlung (Sozialdemokraten 65 Sitze).

Ein Umstand, welcher Politikern und Meinungsmachern mal deutlich vorgehalten werden sollte: ökonomische Prosperität, das Vorhandensein einer Zukunftsperspektive - so "importiert" z.B. Norwegen deutsche Ärzte, da die Einheimischen sich im öden Norden des Landes nicht niederlassen mögen - sind noch lange kein Hindernis für das Entstehen rechter und rechtsextremer Positionen.

Noch eine juristische Petitesse: in der BRD wird - wegen der Unwägbarkeiten durch wechselnde politische Mehrheiten - die hate-crime Methode eher kritisch gesehen (Tolmein et al.), allerdings sollte mensch nicht übersehen, dass mit dem sattsam bekannten § 129 A das deutsche Strafrecht schon längere Zeit über eine automatische Strafmaßverschärfung innerhalb der Strafprozessordnung verfügt - sinnigerweise bisher ausschließlich gegen Linke angewandt.

Die gegenwärtige Debatte verläuft in Norwegen erfreu-

lich entspannt und kenntnisreich, es finden sich - aus hieriger Wahrnehmung - keine Schnellschüsse in der parlamentarischen Diskussion und den individuellen Beiträgen. Sollte der Weg einer gesellschaftlichen Ächtung durch Sanktionierung rechten und rassistischen Gedankenguts erfolgreich sein, hätte Europa, hätte auch die bundesdeutsche Gesellschaft was zum Nachdenken.

GEPUNKT

Quellen: aftonbladet/taz/The Economist/OECD/JuMi-Norwegen/Schweden

Anzeige:



BÜCHERHAUS

Buchfink



Wer läuft schon
vorm Lesen davon

Ab sofort auch im Internet für Sie da www.buchfink-celle.de e-mail: info@buchfink-celle.de	Am Heiligen Kreuz 26 - 29221 Celle Tel. 0 51 41 - 21 74 20 + 74 08 37 Fax 0 51 41 - 2 45 24
---	---

Lesung:

Roger Trash Hotel St. Amour

- Tour 2001



Am Donnerstag, den 13. September, kommt um 20 Uhr Roger Trash ins Bunte Haus (Gelände der CD Kaserne), um seinen Rock'n'Roll-Roman "Der Erlebnismillionär" vorzustellen. Der im niedersächsischen Diepholz geborene Trash ist seit 1977 als Rockmusiker u.a. mit Burschs Bröselmaschine vor allem aber mit seiner eigenen Band Wild Lovers "on the road". Mit der Veröffentlichung seines ersten deutschsprachigen Albums "Rohstoff" begann er auch zu schreiben, zunächst Kurzgeschichten. Die Social-Beat-Szene wurde auf ihn aufmerksam, und es folgten zahlreiche Lesungen. 1998 erschien sein Erstlingswerk "Traumjob. Bekenntnisse eines Rock'n'Rollers", ein Dutzend schmutzige und humorvolle Stories. Das zentrale Thema seines neuen Romans sind die persönlichen Katastrophen, das Scheitern an den Frauen, an der Musik, an der Bank. Immer am großen Glück vorbeigeschrammt und meistens selbst dran Schuld gewesen. Die Lesungen von Roger Trash sind, meinen manche, die Fortsetzung des Rock'n'Roll mit anderen Mitteln. Der PR-Zettel verspricht ein "Heavy-Listening Poetry & Mucic-Event".

Eintritt: 10 DM für VerdienerInnen und 3 DM für den Rest (jeweils ein Getränk inclusive).

2001 - das Jahr in dem zwei Castor-Transporte nach Gorleben laufen? Zum Redaktionsschluss war die Wahrscheinlichkeit eines Transports in der 2. Oktoberhälfte nach wie vor größer, als die Wahrscheinlichkeit eines ruhigen Herbstes für Atomenergie-GegnerInnen. Auch ein Grund, jetzt zwei Videos zum letzten Transport zu zeigen

Rahmen des Medienprojektes die Videodokumentation "trainstopping" zum damaligen Castortransport nach Ahaus.

Der Castor kommt - die Demokratie geht!

Dienstag, 25.09.2001, 19.30 Uhr, Buntes Haus

Diesen Film produzierte die Video-Gruppe der Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg. Er widmet sich weniger dem Transport als dem Drumherum, den Geschehnissen im Vorfeld. Der "Mummenschanz und Schienentanz" ist aufgenommen, Gespräche mit der Polizeiführung, die Nacht im Gleisbett ebenso wie die Großdemo in Lüneburg, die Stunkparade und die Sandsackaktion in Splietau. Anders als TV-Berichtersterter, die all dies nur in sekundenkurzen Häppchen servieren, haben die FilmemacherInnen der BI sich mehr Zeit gegönnt für die einzelnen Passagen des Szenarios. Und so können die BetrachterInnen in aller Muße schauen, ob sie sich oder MitstreiterInnen bei dieser oder jener Aktion wiederfinden.

Doch der 85-Minuten-Streifen ist mehr als ein Erinnerungsstück: Er wird dort zur interessanten Dokumentation, wo er diejenigen Ereignisse widerspiegelt, die nur ganz wenige Menschen aus der Nähe verfolgen konnten: die Greenpeace-Aktionen am Verladebahnhof, auf einem Feld und an der Jeetzelbrücke bei Seerau - und die spektakuläre Schienenblockade bei Süschendorf. Diesen Part - das Anketten der Robin-Wood-AktivistInnen, das Verharren im Gleisbett, die Befreiung durch die Polizei - haben die Videomacher mit besonderer Akribie eingefangen und angereichert durch Kommentierungen der Blockierer - Tage nach ihrem Tun. Die Zuschauer werden im Film mitgenommen nach Süschendorf, bekommen den Eindruck, mit dabei zu sein.

*Nach dem Castor -ist vor dem Castor Zwei Videofilme im Bunten Haus



Slowmotion

Eine Videodokumentation über den Widerstand gegen den Castortransport nach Gorleben 2001

Dienstag,
11.09.2001, 19.30
Uhr, Buntes Haus

Der 80-minütige Dokumentarfilm wurde von einer Gruppe von 16-19-jährigen Wuppertaler Schülerinnen und Schülern anlässlich des Castor-Transportes nach Gorleben im März 2001 mit Unterstützung durch Medienpädagogen des "Medienprojektes der Stadt Wuppertal" gedreht. Er thematisiert den Widerstand im Umfeld des Atommüll-Transportes. Aspekte des Videos sind: Die Vorbereitung der wendländischen Bevölkerung im Vorfeld, die Auftaktdemonstration in Lüneburg, Widerstandsaktionen von Robin Wood, Greenpeace, X-tausendmal quer und anderen Gruppen, Gleisbesetzungen und deren Räumung, Polizeigewalt gegen den Widerstand der DemonstrantInnen, das Leben der DemonstrantInnen in den Camps und Interviews mit der Bevölkerung vor und während des Transportes. Außerdem wurde ein ansässiger Bauer über mehrere Tage des Widerstandes begleitet. Zu sehen sind aus der subjektiven Sichtweise der Jugendlichen mit der Videokamera dokumentierte Aktionen, Interviews, Hintergründe und Stimmungen. Schon 1998 produzierte eine (andere) Gruppe von Wuppertaler Jugendlichen im

Die Filme werden mit Video-Beamer im Kreativ-Raum gezeigt, deshalb wird ein Unkostenbeitrag von 3 DM eingesammelt.

Anzeige:

Samstag, 22.09.2001 20 Uhr
Buntes Haus Celle FUNK FOR
DEMOCRACY Mit Guide Survival und
Da Funko Mit Funkmusik und einer
Gesprächsrunde soll dem
Desinteresse an Politik begegnet wer-
den. Unterstützt wird der Abend vom
Celler Forum gegen Gewalt und
Rechtsextremismus. Eintritt: 7 DM

Freitag, 24.8.2001, 22Uhr Bei
ChezHeinz (Hannover) DJ Captain
Kirk IchWillAlles-Spätsommer-Disco,
zum Tanzen, Herzen und Feiern
Eintritt: 5 DM

29.08.2001, 19Uhr Giftmüll nach
Wathlingen ...lautet das Thema einer
Veranstaltung der Bündnisgrünen in
Wathlingen (Santelmanns Hof). Zur
Untertagedeponie Hänigsen-
Wathlingen referiert Rebecca Harms.

Samstag, 25.8.2001, 14Uhr
Geschichte und Gegenwart:
Möglichkeiten historischen Lernens in
der Gedenkstätte Bergen-Belsen.
Rundgang und Gespräch mit Julius
Krizsan.

Samstag, 25.8.2001, 15Uhr
Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-
Belsen - Eine Führung durch das
Dokumentationszentrum und das
Gelände des ehemaligen Lagers.

Freitag, 31.8.2001, 19:30Uhr Bei
ChezHeinz (Hannover) Drug Stop -
Konzert mit 20 Bands, u.a. Eleven
Toes, Level O Mania. Eintritt: 10 DM

Samstag, 1.9.2001 Das Cafe Rios
wird 5! Achtet auf Flyer und Plakate.
6.09. 2001, 20 Uhr, OLG Celle,
Kanzleistraße Hinrich Rüping
(Halle/Saale): Lenkung und eigene
Verantwortung des Staatsanwalts in
der NS-Justiz und deren Aufarbeitung
in der Nachkriegszeit. Veranstaltung
im Begleitprogramm zur Ausstellung
"Justiz im Nationalsozialismus"
Eintritt: 5 DM

Montag, 3.9.2001, 21 Uhr Bei
ChezHeinz (Hannover) The Slackers
(TraditionalRockSteadySka aus NY) 8-
köpfige Band mischt Ska mit Soul,
Dub und Jazz.

Freitag, 14.9.2001, 20 Uhr Premiere
von "Die Physiker". Eine

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi 20 Uhr im Weltladen
(An der Stadtkirche 10)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di+Mi: 10-17 Uhr

Do: 15-17 Uhr

Fr: 9.30-12.30 u. 15-17 Uhr

Forum gegen Rechtsextremismus und
Gewalt jeden 1. Mittwoch im Monat 19
Uhr c/o. DGB Celle Trift 21 29221
Celle

**Termine im Bunten Haus
(CD- Kaserne hinten links Halle 12)
Hannoversche Str. 30 F 29221 Celle
Tel. 907927**

Fahrradwerkstatt

je. Dienstag 16-19 Uhr

Abraxas (Anti-AKW)

je. Dienstag 19 Uhr

Archiv

je. Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

je. Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

je. Sonntag 18 Uhr

Wissenschafts-Satire von Friedrich
Dürrematt. Hauptbühne
Schlosstheater

Montag, 17.9.2001, 21 Uhr Bei
ChezHeinz (Hannover) Yeti-Girls
(GlamTrashPop aus Köln) 70's
Discobeats treffen auf Ska, Punkrock
und Black Sabbath - ChezHeinz-
Lieblingsband

04. oder 11.09.2001 18 Uhr
Urbanus-Regius Haus Der Richter
Bernd Asbroch referiert auf einer
Veranstaltung des Forums gegen
Gewalt und Rechtsradikalismus zum
Thema Justiz und Rechtsextremismus

30. 08. 20 Uhr, OLG Celle,
Kanzleistraße Peter Steinbach
(Berlin): Bestrafung der
"Rechtsschänder". Eine
Herausforderung für den demokrati-
schen Rechtsstaat nach dem Ende
diktatorischer Systeme. Veranstaltung
im Begleitprogramm zur Ausstellung
"Justiz im Nationalsozialismus" Eintritt:
5 DM

14.10.2001, 17 Uhr, In der Reihe
"Texte & Törtchen" liest Oskar Ansell
unter dem Motto "Speisen bildet"
Kunst und Bühne

ROCK DA HAUS
festival

Marys Forbidden Dreams
Primate Pookie
Größenwahn
?Yell!
Out of Tune
Strohbach
Toxic Vapors
Vollmilch

8. September
Buntes Haus Celle

Einlass: 18.00 Uhr
Beginn: 19.00 Uhr
Eintritt: 10,- DM

Mehr Infos unter www.rock-da-haus.de